

Internetangriff auf den Parteichef

Bern. – Der Hauskrach bei den Schweizer Demokraten (SD) geht weiter. Der Berner SD-Nationalrat und Parteipräsident Bernhard Hess liess die Website eines internen Gegners sperren. Sie ist auf den Zuger Sektionspräsidenten Richard Fluehmann registriert. Unter «www.nationalrat-hess.ch» schoss der Zuger Präsident nicht nur gegen Parteichef Hess, sondern auch gegen den Burgdorfer Gemeinderatskandidaten Adrian Wyss. Dieser wurde in den Dunstkreis von Neonazis gestellt. Hess nannte gestern auf Anfrage die Sperrung einen ersten Erfolg. Er prüfe nun rechtliche Schritte. (sda)

Kurzarbeit wegen Schneemangels

Interlaken. – Der Schneemangel im Berner Oberland bringt die Tourismusbetriebe in Nöte: 28 Bergbahnen und Restaurants haben beim Kanton Bern Kurzarbeit beantragt. Beat Zutter vom Berner Amt für Wirtschaft bestätigte gestern einen entsprechenden Bericht der «Berner Zeitung». Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung als Folge des Wetters besteht dann, wenn der Umsatz um 75 Prozent tiefer liegt als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. In diesem Fall zahlt die Arbeitslosenkasse 80 Prozent des Lohns. Für saisonal tätige Firmen gilt eine Wartezeit von zwei Wochen. (sda)

EU-Botschafter meldet sich zu Wort

Bern. – Im Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU will der neue Botschafter der EU in Bern, Thomas Reiterer, vermitteln. Eine Gesprächsverweigerung sei unter «Partnern und Freunden» nicht üblich, sagte Reiterer in einem in der Berner Tageszeitung «Der Bund» gestern erschienenen Interview. Er bezog sich dabei auf die Aussage von Bundesrat Hans-Rudolf Merz in der vergangenen Woche, wonach es «nichts zu verhandeln» gebe. Die EU drohe nicht, sagte Reiterer weiter: «Wir wollen nichts aufzwingen.» Auch wolle die EU der Schweiz nichts wegnehmen. (sda)

Umweltschützer kämpfen für die Schweizer Landreserven

Die Schweiz soll sorgsamer als heute mit ihren Landreserven umgehen: Das ist die Absicht gleich dreier Volksinitiativen. Ein Dorn im Auge ist den Urhebern vor allem der Bau von Zweitwohnungen.

Von Olivier Berger

Bern/Montreux. – Das Schweizer Umweltschützer-Urgestein Franz Weber findet deutliche Worte, wenn es um den Schutz der Heimat vor zügelloser Überbauung und dem Zweitwohnungsboom geht. «Diese Bauvorhaben dienen nur der Bereicherung einiger weniger», erklärte Weber auf Anfrage und schreckte auch nicht davor zurück, von «Gauern» und «mafiosen Zuständen» zu sprechen.

Beim Poltern gegen potenzielle Spekulanten belässt es Weber aber nicht. Mit seinen beiden Volksinitiativen, für welche er seit dem Sommer Unterschriften sammelt, will er dem Zweitwohnungsbau ebenso den Riegel schieben wie der Erstellung neuer Einkaufszentren und Sportanlagen. «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen» und «Gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen» heissen die beiden Volksbegehren, welche bisher je über 60 000 Menschen unterzeichnet haben. Verschiedene Umweltorganisationen erhöhen den Druck unter der Führung von Pro Natura mit der Initiative «Stopp der Zersiedelung».

Drei Ansätze, ein Ziel

Die drei Volksbegehren haben eine gemeinsame Stossrichtung, decken aber unterschiedliche Bereiche des Bauproblems ab.

■ Webers «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen» fordert eine gesetzliche Beschränkung der als Ferienwohnungen genutzten Fläche einer Gemeinde auf 20 Prozent.

■ Bei einer Annahme der Initiative «Gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen» könnten Industrie- und Gewerbetriebe, Abfallentsorgungsanlagen, Einkaufszentren und Sportstätten nurnehr gebaut oder erweitert wer-



Dem Bauboom einen Riegel schieben: Die Volksinitiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen» verlangt eine drastische Kontingentierung auf Gemeindeebene. Bild Jakob Menolfi

den, wenn dafür aus bildungs- oder gesundheitspolitischer, natur- oder landschaftsschützerischer Sicht gesamtschweizerisch ein dringendes Bedürfnis besteht und die Nachhaltigkeit sichergestellt ist. Die Standorte und Ausmasse solcher Grossanlagen würden durch das Gesetz verbindlich festgelegt.

■ Den vielleicht brisantesten Vorschlag macht Pro Natura: Einerseits soll die Raumplanungskompetenz an den Bund übergehen. Vor allem aber verlangt die Initiative ein 20-jähriges Moratorium für die Bewilligung neuer Bauzonen. Möglich bleiben sollen Umlagerungen durch Rückzonierungen innerhalb einer Gemeinde. Zudem könnte der Bund Ausnahmen bewilligen.

Die Landreserven reichen aus

Die Initianten sind sich bewusst, dass eine Annahme ihrer Begehren einschneidende Wirkungen hätte. «In

zahlreichen Gegenden der Schweiz hätte eine Annahme der Initiative 'Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen' einen faktischen Baustopp zur Folge», bestätigte Weber auf Anfrage. Im Oberengadin etwa liege der Zweitwohnungsanteil heute bereits über 50 Prozent. «Das ist kein Einzelfall.»

Raimund Rodewald von der Stiftungs Landschaftsschutz Schweiz, welche die Initiative «Stopp der Zersiedelung» gemeinsam mit Pro Natura lanciert hat, hält die Forderung nach einem 20-Jahr-Moratorium für die Bewilligung neuer Bauzonen für umsetzbar, wie er gegenüber der «Südostschweiz am Sonntag» erklärte. «Wir haben schon heute Baulandreserven für rund 2,5 Millionen Personen.»

Freude bei Zweitwohnungsgegnern

Bei den Kritikern des boomenden Zweitwohnungsbaus stossen die drei

Initiativen auf Zustimmung. «Vor allem die Initiative 'Gegen uferlosen Bau von Zweitwohnungen' ist sehr wünschenswert», erklärte Claudio Caratsch, Präsident der Stiftung Terrafina, auf Anfrage. Terrafina setzt sich im Oberengadin seit längerem gegen den Zweitwohnungsbau ein – unter anderem mit einer erfolgreichen regionalen Volksinitiative. «Die drei Initiativen werden dazu beitragen, dass die Problematik breit diskutiert wird», betonte Caratsch.

Dass Webers Zweitwohnungsbegrenzung möglich ist, zeigt ein Blick über die Schweizer Grenze. Vor rund sechs Jahren legte das österreichische Bundesland Tirol die Obergrenze für den Zweitwohnungsanteil auf acht Prozent fest – in Gemeinden mit höherem Anteil wurde die Bautätigkeit eingefroren. «Die Folge war, dass der Tourismus belebt wurde, weil die Gäste wieder ins Hotel gingen», erklärte Caratsch.

SONNTAGSKOLUMNE

Anpfiff des allseits bekannten Spiels David gegen Goliath



Von Filippo Leutenegger

Mit dem einseitigen Beschluss, die Steuerpraxis für Unternehmen in einzelnen Kantonen als vertragswidrig zu erklären, fährt die EU-Kommission gegen die Schweiz schweres Geschütz auf. Die Begründung, die heutige Praxis der namentlich aufgeführten Kantone Zug und Schwyz verstosse gegen die bilateralen Verträge, sei eine indirekte staatliche Subventionierung und verfälsche den Wettbewerb, ist willkürlich und an den Haaren herbeigezogen. Dahinter steht aber ein grundlegendes Problem der EU

mit den Steuern. Die Steuerlast für Bürger und Unternehmen in den grossen EU-Staaten ist wegen der gewaltigen Staatsausgaben enorm. Und statt Steuersenkungen sind vielerorts, insbesondere in Deutschland, weitere Steuererhöhungen angesagt. Umso mehr ärgern die Schweizer Kantone als Störenfriede, die im Kartell der steigenden und zentralisierten Steuern nicht mitmachen, sondern auf Wettbewerb setzen. Und weil die EU ebenfalls immer mehr Mittel zur Umverteilung und für den eigenen Apparat braucht, versucht die Kommission seit Jahren vergeblich, die bisher erforderliche Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten in EU-Steuerfragen abzuschaffen. Sie will mehr «Harmonisierung», sprich mehr Zentralismus statt Wettbewerb. Nun will die EU-Kommission das Steuerexempel an der Schweiz statuieren. Damit untermauert die Kommission ihren Führungsanspruch in Steuerfragen, den sie

EU-intern bisher nicht durchsetzen konnte. Aber es ist ein dreister Versuch, sich in die Steuerhoheit eines Drittlandes einzumischen, und belegt die Respektlosigkeit gegenüber einem Kleinstaat, der in einem besonders engen Verhältnis zu den EU-Staaten steht.

Damit ist für die Schweiz das bekannte Spiel David gegen Goliath neu angepiffen worden. Finanzminister Hans-Rudolf Merz hat das erste Foulspiel bravourös gemeistert, indem er klipp und klar die Position des Bundesrates dargelegt hat: Die Schweiz halte sich an alle bilateralen Abmachungen, sei ein souveräner Staat und habe keinen Anlass für Verhandlungen in dieser Frage. Allerdings steht die Partie, die mit ungleichen Spiessen ausgefochten wird, erst am Anfang. Die Schweiz wird sich mit viel Geduld und Durchhalten willigen wappnen müssen, denn der Druck der EU wird auf der politischen Ebene jederzeit spür-

bar sein. Entscheidend ist, ob die Kantone bei ihrer für den Föderalismus wichtigen Position des Steuerwettbewerbs bleiben und Rückgrat zeigen. Zugute kommt der Schweiz immerhin, dass die Position der EU-Kommission auf sehr schwachen juristischen Argumenten aufbaut. Die unmögliche EU-Position wird zusätzlich dadurch erschwert, dass einige EU-Staaten mehr oder weniger offen mit dem föderalen Steuerwettbewerb der Schweiz sympathisieren. Und weil mögliche Sanktionen gegen die Schweiz ebenfalls Einstimmigkeit erfordern würden, ist die Verteidigung der Schweizer Haltung aussichtsreich.

Das Rezept lautet:

1. Es gibt nichts zu verhandeln!
2. Ein Kleinstaat darf bei den Grundsätzen nie nachgeben!

Filippo Leutenegger ist Zürcher FDP-Nationalrat.

Ehepaarbesteuerung: Merz hat entschieden

Ehepaare sollen künftig wählen dürfen, ob sie eine gemeinsame oder getrennte Steuererklärung ausfüllen.

Bern. – Der Bundesrat hatte im Dezember 2006 vier Modelle zur künftigen Besteuerung von Ehepaaren in die Anhörung an Parteien und Verbände geschickt. Die Stellungnahmen sind offenbar eindeutig: Er habe bereits genügend Antworten erhalten, um sich festzulegen, sagte Finanzminister Hans-Rudolf Merz in einem gestern publizierten Interview mit der Tageszeitung «Le Temps». Er werde vorschlagen, den Ehepaaren die Wahl zu lassen zwischen reiner Individualbesteuerung und einem Teilsplitting. Mit dem neuen Steuersystem will der Bundesrat die verfassungswidrige Diskriminierung von Verheirateten gegenüber in Konkubinaten Lebenden beseitigen. Weil der Systemwechsel aber zu Steuerausfällen von rund drei Milliarden Franken führt, müssen einige Steuerpflichtige höhere Steuern bezahlen. Über das genaue System wird das Parlament entscheiden. Die Vernehmlassung dauert noch bis Ende Juni. (sda)